





gibt uns einen Soldaten das Herz im Bilde angewendet hat, als so im Ru die schwarz-weiß-rote Fahne abgeschafft wurde? Wissen Sie, daß unter dieser Fahne, die man einfach auf den Reichshäusern geschmissen hat, tausende, zehntausende, hunderttausende Soldaten, Mannschaften und Offiziere in Feindesland bestattet liegen, daß wir unter dieser Fahne in Ost und West den Feind angegriffen und besetzt haben? Ja, heulen könnte man, daß sie einem diese Fahne genommen haben. Welch Gott, das ist ein alter Soldat versucht nahe gegangen.

Der Oberst schloß eine kleine Weile. Er war, vor innerer Bewegung, etwas aus dem feilschen Gleichgewicht gekommen.

„Ich mache“, fuhr er fort, „sein Geht daraus, daß ich Konar ist bin. Mein Gott, wenn man dreißig Jahre lang seinem König und Kaiser treu gedient hat, dann kann man nicht plötzlich sagen: Von morgen an bin ich Republikaner. Das geht einfach nicht. Hier — und dabei tippte er mit dem dritten Finger der Rechten auf sein Herz — „erlaubt's einem etwas portuiel nicht, aber, fürchten Sie nichts: ich halte es für unmöglich, die Monarchie im Augenblick wieder anzuführen. Das verbietet uns allein schon die Entente. Aber: was in zehn Jahren sein kann, wie sich da die Verhältnisse geändert haben können — das wissen wir alle nicht. Natürlich: ein kaiserliches oder königliches Regime, wie wir es vor dem Kriege gehabt haben, das paßt dann bestimmt nicht mehr. Eine demokratische Monarchie ließe sich indessen wohl vorstellen.“

Und mit einemmal wandte sich der Oberst, ziemlich untermittelt, an mich mit der Frage: „Wie sehen Sie die nächste Zukunft an?“ Auf die pessimistische Auskunft hin wick die Frage der Militärdiktatur aufgeworfen und Oberst Reinhard läßt fort:

„Kennen Sie's, wie Sie wollen. Dann geht's heute oder morgen. Aber seien Sie versichert: wir Militärs wollen mit der zivilen Hand in Hand geben. Dann muß dafür gesorgt sein, daß eine starke Regierung neben und zu uns steht. Ordnung schaffen wollen wir — und, wenn es sein muß, mit Gewalt.“

„Eine solche zivil-militärische Diktatur würde sich nicht drei Tage halten können“, wandte ich ein. „Die Arbeiter würden in den Generalstreik treten und Ihre schönsten Berechnungen über den Haufen werfen.“

„Da bin ich doch anderer Ansicht. Lassen Sie sich erzählen, wie ich's in Oberschlesien gemacht habe. Die paar Reichswehrtruppen waren, als es dort unten drunter und drüber ging, so demütig und eingeschüchtert, daß sie sich nicht aus den Kasernen herauskriegen. Die Ginnobauer, Frauen und Kinder waren erschöpfener als die Soldaten, auf die es die Aufrührer vor allem abgesehen hatten. Nichts brauchen sie den Truppen heimlich was zu essen. So war die Lage, als ich nach Oberschlesien mit meiner Truppe kam. Ich fuhr wie ein Donnerwetter drein. Ein paar Räubersführer, die schlimmen, wurden wiedergeheimlich. So was muß sein. Arbeitszwang wurde ausgedrückt. Und Sie hätten nur sehen sollen, wie die Arbeiter am nächsten Morgen auf der Arbeitstätte erschienen! In Ihren schwarzen Braten rössen kamen sie angelaufen. Die Ordnung war wiederhergestellt.“

„Und dieses Konzept würden Sie dann ganz allgemein anwenden wollen?“

„Gewiß.“

„Wo Galtzell?“

„Dawohl: Galtzell!“

„Ordnung muß nun doch einmal geschaffen werden. Und da muß man gegebenenfalls eben sein Leben an die Schanze schlagen. Dazu ist man Soldat.“

„Und das Ausland?“

„Überblicken Sie die auswärtige Lage. Berücksichtigen Sie unsere wirtschaftliche und finanzielle Situation. Wie sollen wir leben und zahlen. Woher? Frankreich und auch England haben ein vitales Interesse daran, mit uns irgendein Arrangement zu treffen, müssen uns die Möglichkeit geben, uns wirtschaftlich herauszuputzen. Das können wir aber nur — gemeinsam mit den Westmächten — in Rußland. Da sind noch ungeheure wirtschaftliche Werte herauszuholen. Da liegt so noch so unendlich viel brot: Rußland und das weite, weite Sibirien. Davon müssen wir uns alle füttern. Davon kann ganz Europa wirtschaftlich wieder gesund werden. Natürlich muß der Bolschewismus erst übermunden werden. Mit sechs Divisionen, sage ich Ihnen, ist die Geschichte zu machen. Mit sechs Divisionen...“

„So!“

„Sie lächeln. General Hoch hat man das wissen lassen. Das heißt: ein General...“

Das Gespräch wandte sich andern Dingen zu.

Als die Regierung im Juni den Friedensvertrag ohne jede Ehrenklausel unterzeichnen wollte, als sie selbst der Auslieferung deutscher Männer zustimmte, da bin ich spontan zum Reichswehrminister Roske gegangen und habe ihm meinen Märtyrertod angeboten. Roske empfing mich. Ich setzte ihm das Erniedrigende der Friedensbedingungen für jeden Offizier auseinander. Roske aber beschwor mich, doch unter allen Umständen zu bleiben. Ich dachte nicht, in einem so kritischen Moment, sohnenförmig werden. Und ich blieb, schwarzer Verzens. Heute komme ich nicht mehr um meinen Abschied ein, und wenn ich noch so sehr vom „Vorwärts“ — no, überhaupt der „Vorwärts“! — angefeindet werde. Heute muß ich — heute muß ich bleiben!“

Der Oberst erhob sich.

„So, nun habe ich Ihnen alles gesagt. Man wird mich wieder angreifen. Und wieder. Sie sollten mich kennen lernen — und sollten dann aus eigener Anschauung, aus eigener Kenntnis schreiben können. Also, bitte...“

Wir haben mit der Wiedererobe dieses Interdicts geögert, weil wir irgendeine Klärung abwarten wollten. Diese ist nicht erfolgt, und das scheint uns allerdings auch Klärung genug!

## Die Befähigung des Interviums.

T. U. Berlin, 25. September.

Die Telegraphen-Union wird um Verbreitung folgender Meldung gebeten: Herr Oberst Reinhard hat am Freitag, den 5. September, Herrn Johannes Bischari, der unter seinem bayerischen Namen politischer Redakteur und Zeitschriftler einer der größten Berliner Tageszeitungen ist, durch einen Mittelsmann den Wunsch ausgedrückt, ihn einmal über seine Anschauungen und Absichten zu unterrichten. Das Gespräch hat Sonntag, den 6. September, im Hotel Bristol stattgefunden, und zwar hat dasselbe von 10 bis 12 Uhr vormittags gedauert und genau denselben Inhalt gehabt, der in Nr. 40 der „Westfälische“ wiedergegeben wurde.

## Die Berliner Holzindustriellen drohen mit der Aussperrung!

In einem Rundschreiben an seine Mitglieder hat der Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Holzgewerbe, Ortsgruppe Berlin, folgende Parole ausgegeben:

„Trete keiner in Verhandlungen mit seinen Gesellen und Arbeitern ein, sondern verweise diese an die Organisation.“

Kein Arbeitgeber darf auch nur einen Mann einstellen, ehe eine neue Parole von uns herausgegeben wird. Jede Forderung der Arbeiter, die nicht von uns mitgeteilt ist, ist strikte abzulehnen.

Drohen die Gesellen mit Arbeitsniederlegung oder wollen sie sich eigenmächtig Ferien nehmen, so ist ihnen sofort zu erklären, daß sie dann 14 Tage ausgesperrt werden.

Eine Kündigung gibt es nicht mehr, die Verordnung ist am 3. September aufgehoben, sie gilt nur noch für zurückgekehrte Gefangene und zu 50 v. D. erwerbsunfähige Kriegsinvaliden.“

Daraus ist zu ersehen, daß es die Berliner Unternehmer unter allen Umständen auf eine Machtprobe wegen der Ferienfrage ankommen lassen wollen. Durch die zentralen Vereinbarungen sind den Berliner Holzarbeitern schon für dieses Jahr Ferien zugestanden worden. Die Zeit bis zu einer anderweitigen verbindlichen Regelung ist verstrichen; dies konnte bis zum 15. September geschehen. Infolgedessen sind die Berliner Holzarbeiter in den einzelnen Betrieben vorstellig geworden, nachdem auf dem Wege der Verhandlungen zwischen den Organisationen nichts erreicht werden konnte, um die vereinbarten Ferien zu erhalten. Wie aus dem Rundschreiben ersichtlich, fordert nun der Arbeitgeber-Schutzverband seine Mitglieder auf, mit der Drohung der Aussperrung die Forderungen nach Ferien zu beantworten.

In einem weiteren Rundschreiben, in dem der Schriftwechsel zwischen den beiderseitigen Organisationen veröffentlicht wird, wird die Behauptung aufgestellt, daß die Berliner Holzarbeiter genaue neue Forderungen aufgestellt hätten. Das betrifft namentlich die Mindest- und Durchschnittslöhne. In dieser Hinsicht wurde aber nur die Forderung erhoben, daß die Festsetzung dieser Löhne auf der Grundlage der tatsächlich bestehenden Löhne erfolgen soll. Also nur das, was heute schon bezahlt wird, soll angesetzt werden. Weiter wird behauptet, daß eine Erhöhung der Ueberstundenlöhne gefordert sei. Auch das entspricht nicht den Tatsachen. Es wird nur verlangt, daß die Bestimmungen über die Ueberstunden für Berlin getrichen werden, weil schon in früheren Verträgen diese Frage für Berlin erledigt war.

Diese Behauptungen werden natürlich nur aufgestellt, um eine Verperrung in die Reihen der Berliner Holzarbeiter hineinzutragen.

Bezüglich der Ferienfrage haben die Berliner Arbeitgeber in ihrer letzten Generalversammlung den Beschluß gefaßt, nur drei Tage Ferien nach einer halbjährigen Beschäftigung gewähren zu wollen. Es war dort die Meinung vorhanden, die durch die zentralen Vereinbarungen zugestandenen Ferien ohne weiteres gewähren zu wollen, und die Durchführung den einzelnen Betrieben zu überlassen. Die Scharfmacher behielten aber die Oberhand, und so wurde der oben genannte Antrag zum Beschluß erhoben. Trotzdem behaupten die Arbeitgeber in ihrem Rundschreiben, daß sie alles getan hätten, um zu einer befriedigenden Lösung der kritischen Punkte mit den Arbeitnehmern zu gelangen. Die Schuld liegt also durchaus an den Arbeitgebern, wenn es in Berlin wegen der Ferienfrage zu einem größeren Konflikt in der Holzindustrie kommen sollte.

## Roske bekommt Courage.

Berlin, 25. September.

Der Reichswehrminister hat einen besonderen Offizier nach dem Osten geschickt, der ihm täglich Nachrichten über die dortige Lage erstatte. Wegen die Truppen, die sich nach dem Abtransport aus dem Baltikum und Litauen vorsetzen, werden die schärfsten Maßnahmen angewendet werden.

Mit geradezu bewundernswürdiger Langmut hat die Regierung dem selbstherrlichen Treiben der im Baltikum befindlichen deutschen Truppen bisher zugehört. Hoffentlich ist der von Herrn Roske nunmehr nach Kurland entsandte Offizier energisch genug, um sich von den für das baltische Abenteuer verantwortlichen Militärs nicht einstellen zu lassen. Ueherdem finden wir, daß Herr Roske den Sabel an ganz falscher Stelle ansetzt. Vor allem müßte einmal erst in Deutschland mit dem Werbeschwindel aufgeräumt werden. Wir haben seit Monaten auf diesen Skandal beinahe täglich hingewiesen und authentische Unterlagen für den Meinungsänderer gebracht, den deutsche Offiziere mit deutschen Soldaten vor den Augen der deutschen Regierung treiben. Und obwohl die Regierung selber schon vor langen Monaten eine Unterbindung des Werbeschwindels anordnete, hat sie bisher keine energischen Maßnahmen dagegen ergriffen. Sie hat entweder zu dem von verdienstlich einwandfreien Beweismaterial schwiegen oder versucht, die von uns aufgestellten wahrheitsgemäßen Angaben zu beistimmen und sich dadurch zum Mitschuldigen des baltischen Abenteuers gemacht.

Wir stellen fest, daß die Werbungen und der Nachschub nach Kurland noch bis in die letzten Tage hinein angehalten hat. Im Zentralhotel sind erst am Mittwoch wieder eine Anzahl deutscher Soldaten für Kurland angemeldet und mit gefälschten Fabrikscheinen abgeschoben worden. Der Leutnant Jander, wohnhaft Charlottenburg, Weißstraße 14, dessen Tätigkeit von uns schon wiederholt belaudet worden ist, gibt sich noch wie vor dem Werbeschwindel hin. Auch die in der Presse gemachten Angaben über Werbungen in Wien für die baltische Landeswehr beruhen nach unseren neuesten Informationen auf Wahrheit. Schon seit Wochen werden in Oesterreich angeworbene Soldaten bei Passau über die Grenze geschmuggelt, hier von deutschen Werbeoffizieren in Empfang genommen, mit deutschen Fabrikscheinen versehen und auf Kosten der deutschen Militärdirektion nach Kurland geschickt, wo sie in das Detachement Graf Keller eingereiht werden. Wenn sich der von Roske nach Kurland geschickte Offizier nicht verblassen läßt, wird er dort eine ganze Reihe von

Merkwürdigen Soldaten vorfinden, die ihm die von uns gemachten Angaben jederzeit bestätigen werden.

Die nächsten Wochen werden uns ja zeigen, ob Roske stark genug ist, der Selbstherrlichkeit der kurländischen Militärskamarille ein Ende zu machen.

## Die wahren Absichten des Generals von der Goltz.

Ein loben aus Kurland zurückgekehrter deutscher Soldat teilt uns mit:

Die eiserne Division ist jetzt vollständig zu den Russen übergetreten, und zwar zu dem Korps Birgollisch. Daselbst ist stationiert in Litauen in der Gegend von Schaulen. In der Nähe von Riga, in einem Waldchen an der Doblienschen Chaussee, werden fast hunderttausend russische Kriegsgefangene und Offiziere, die sich weigern, gegen die Bolschewismus zu kämpfen erschossen. Schon die kleinste Keuchung, die als bolschewistenfreundlich ausgelegt werden könnte, genügt, um die Leute dem Tode zu überantworten.

Von Deutschland treffen fortwährend Lebensmittel- und Kriegsmaterialtransporte für die vereinigten Deutschen und Russen in Kurland ein. In jeder Formation sind russische Offiziere. Die Übung erfolgt von der Intendantur des 6. Reservekorps. Wie man die Abschiebungen der deutschen Truppen aus dem Baltikum hintertreibt, geht aus Nachfolgendem hervor: Bei dem Korps v. d. Goltz ist offiziell erklärt worden, daß es nicht nach Deutschland zurückkehrt, sondern als Etappenkorps für die deutsch-russische Armee im Baltikum bleibt. Die Truppen haben auch die Absicht, sofort wieder gegen Lettland vorzugehen, wenn dasselbe Frieden mit Sowjetrußland schließt. Das wird ganz unverbürgt von den Offizieren geäußert. Von der Goltz verbietet auch das Lesen und Erörtern lettischer Zeitungen.

## Der anspruchsvolle Reichspräsident.

Aus den Beratungen im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung erfährt man, wie anspruchsvoll Herr v. Hert, derzeitiger Reichspräsident der Deutschen Republik, in der kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit schon geworden ist. Bereits bei der ersten Beratung seiner Bezüge und der ihm zu gewährenden Aufwandsentschädigung gatten wir begründete Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die damals gestellten hohen Forderungen für ihn in keiner Weise gerechtfertigt sind. Es wurde damals auch eine Vereinbarung über die Höhe des Gehalts und der Aufwandsentschädigung getroffen, an die sich aber die Reichsregierung nicht gehalten hat. Sie hat jetzt einen Nachtragskredit vorgelegt, der die ursprünglich vereinbarten Grundlagen vollständig umstößt und neben den Kosten für einen Unterstaatssekretär und ähnliche höhere Beamten beim Reichspräsidenten für ihn selbst ein Gehalt von 120 000 Mark jährlich und außerdem 200 000 Mark Aufwandsentschädigung fordert.

Ueber diesen Vorschlag kam es im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung zu einer interessanten Aulprache. Gen. Dr. Oskar Cohn betonte gegenüber den Versuchen der Regierung, dem Reichspräsidenten eine eigene Behörde zu schaffen, daß der Präsident eine sachliche Beratung nur von den Reichsministern entgegenzunehmen habe. Er brauche also nur Sekretäre, für den verlangten Posten des Unterstaatssekretärs und die Vortragenden Räte sei kein Bedürfnis vorhanden. Auch die Vertreter anderer Parteien nahmen einen ähnlichen Standpunkt ein. Der Rechtsanwält Hoch betonte, es habe gar kein Grund vorzuliegen, eine Erhöhung der Bezüge und der Aufwandsentschädigung vorzuschlagen. Auch dürfe keine politische Arbeitsstelle beim Reichspräsidenten geschaffen werden. Demgegenüber ist bemerkenswert, daß der Finanzminister Erbsberger, der die undankbare Aufgabe hatte, die Mehrforderungen zu beurteilen, das mit dem Hinweis tat, daß dem Präsidenten eine „würdige Stellung“ wie in andern Ländern geschaffen werden solle.

Auch wir sind der Meinung, daß der Präsident der Republik, dessen Erthens wir zwar für sehr überflüssig halten, wenn er schon einmal da ist, eine würdige Stellung einnehmen soll. Aber wir glauben, daß dies nicht dadurch zu erreichen ist, daß man dem Präsidenten hohe Bezüge und eine hohe Aufwandsentschädigung zahlt, sondern dadurch, daß der Herr Präsident sich durch seine Taten und seine Haltung für diese Stellung würdig erweist. Es scheint doch, als ob die Reichsregierung selbst die Empfindung hätte, daß dies bisher nicht der Fall war, und sie nun durch die Mittel des alten Regimes versucht, diesen Mangel an Würde zu verdecken.

## Näherende Anspruchslosigkeit.

Die regierenden Rechtssozialisten wie auch das alte Bürgerium sind alle davon überzeugt, daß nur die größte Einfachheit und Sparsamkeit Deutschland vor dem Untergang bewahren kann. Sie handeln auch alle danach. Und wenn ein Unabhängiger daran zweifeln wollte, würde er wahrscheinlich als ein gewissenloser Verschwörer von ihnen bezeichnet werden. Deshalb ist es sehr angenehm, daß das „Berliner Tageblatt“ mittels, wach großer Anspruchslosigkeit sich Herr Reinert, der Präsident der Preussischen Landesversammlung, befleißigt. Obwohl er schon als Oberbürgermeister von Hannover eine Dienstwohnung hat, wohnt er als Präsident der Preussischen Landesversammlung noch im Dorrenhaus über eine Dienstwohnung von sage und schreibe 40 Zimmern.

Angesichts der großen Wohnungsnot, die Tausende Familien zur Obdachlosigkeit verdammt, wird wohl kaum ein Mensch die Verschwendung, die mit Staatsräumen im Interesse zufällig höhergestellter Herrschaften getrieben wird, als gelunden Zustand bezeichnen können.

## Militär gegen streifende Landarbeiter.

Im Kreise Oetz fürbe ist es zu einem Streik der Landarbeiter gekommen. Die Landarbeiter leben in einer bedrückenden ärmlichen Lage. Der höchste Lohn der ihnen gewährteten Lohnzulage beträgt 1.50 M. und entspricht in keiner Weise den heutigen Verhältnissen. Die Landarbeiter haben wiederholt versucht, mit den Gutsherrn zu einer Einigung zu kommen. Diese haben aber alle Forderungen auf Erhöhung der Lohnzulage abgelehnt. Das Hervorkehren des Dorrenstandpunktes hat die Regierung der Landarbeiter immer mehr gesteigert, bis es schließlich zur Arbeitslosigkeit gekommen ist.

Der Streik wird aber vom Vorstand des Landarbeiterverbandes nicht gebilligt. Eine Konferenz von Vertretern der streifenden Arbeiter hat zu diesem Beschluß Stellung genommen.



und sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, den Herr vane den Hauptvorstand zu Ende zu führen, da die Landarbeiter der Ansicht sind, daß ihre Forderungen gerecht sind und bei einigermaßen gutem Willen der Gutsbesitzer bewilligt werden können.

Es ist nun den Streik durch gütliche Verhandlungen aus der Welt zu schaffen, hat die Regierung nach einer Konsultation mit den Vertretern der Gutsbesitzer beschlossen, ein militärisches Aufgebot nach den Kreis Ederförde zu senden, um die Arbeitswilligen zu schützen. Von Kiel aus sind bereits 200 Mann nach dem Kreis Ederförde abgeschickt worden. Durch derartige Maßnahmen, die früher von denselben Leuten, die heute die ausschlaggebende Rolle in der Regierung spielen, auf das schärfste bekämpft worden sind, wird man die Erregung der Landarbeiter nützlich nicht eindämmen können. Man wird damit nur den Gutsbesitzern den Rasen freisen und sie zu einem noch schärferen Vorgehen gegen die berechtigten Forderungen der Landarbeiter ermuntern.

### Ueberflüssige Aufregung.

Die P. P. M. melden:  
In dem Artikel „Die militärische Nebenregierung“ in der „Freiheit“ ist folgendes zu bemerken: Das General-Commando II Stettin unterrichtet sich pflichtgemäß über die politische Lage in seinem Bereich, insbesondere über die zur Zeit wichtige Landarbeiterfrage und bedient sich dazu der ihm nach dem Etat zustehenden Organe. Es ist nicht nur berechtigt, sondern sogar dienlich angewiesen, über wichtige Beobachtungen an die vordere Schilde, in diesem Falle das Reichswehrministerium, zu berichten. Von einer Verspiegelung der Zivilbehörden kann dabei keine Rede sein. Eine derartige Auslegung muß auf das schärfste zurückgewiesen werden.

Wir möchten der Regierungstelle, die diesen mehr als sonderbaren Nachforschungsversuch der Spitzelwirtschaft zugelassen hat, doch empfehlen, die Zeitungen etwas aufmerksamer durchzulesen, damit sie sich in Zukunft künstliche Aufregungen erspart. Die Meldung aus Stettin über die Verspiegelung der Zivilbehörden durch die Nachrichtenstelle des General-Commandos stammt nämlich aus dem „Berliner Tageblatt“, und sie wurde auch vom „Vormärkischen“ gegeben. Im übrigen finden wir in der Notiz nur eine Verspiegelung der vom „Berliner Tageblatt“ gemachten Angaben.

### Erregte Kammerdebatte in Frankreich.

Anlässlich der Debatte über den Friedensvertrag kam es in der französischen Kammer zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Clemenceau und Barthou. Es handelte sich um die von Barthou aufgeworfene Frage, was Frankreich zu tun habe, wenn der amerikanische Senat das Völkerbündnis nicht ratifiziert. Wolffs Bureau berichtet darüber folgendes:

Clemenceau: „Wir wissen alle, daß der Friedensvertrag von allen Ländern, die daran interessiert sind, ratifiziert werden muß. Es gibt zwei Allianzerträge, die nicht nur deshalb abgeschlossen werden, weil wir geglaubt haben, der Völkerbund könne die Rolle erfüllen, die wir ihm zugeschrieben haben. Diese Verträge sind unterzeichnet. Zwei Senatsausschüsse haben sie schon mit harter Mehrheit angenommen. Sie behalten also ihren vollen Wert, selbst wenn das Völkerbündnis von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert wird. Und was dann? Dann werden wir eben einen Völkerbund haben, dem die Vereinigten Staaten nicht angehören. Das würde, ich gestehe es, eine sehr trübsame Ironie des Schicksals sein. Aber das ist eine Angelegenheit, die nichts mit dem Allianzvertrag zu tun hat. Selbst wenn Amerika dem Völkerbund zwei oder drei Monate nicht angehören wird, dann wird der Vertrag nicht desto weniger bestehen.“

Clemenceau fügte in lebhafter Weise hinzu: „Wenn diese Operation dazu dienen soll, die Abstimmung über den Friedensvertrag auf unbestimmte Zeit zu verschieben, dann müssen Sie das tun, aber dann machen Sie es ohne uns. Ich ziehe es vor, daß die mit einem Gewitter geladene Wölfe pfeift.“

Auf der äußersten Linken wurde Clemenceau mit großer Beifall unterbrochen.

Barthou erklärte darauf: „Herr Ministerpräsident, ich habe die ungeheuren Dienste, die Sie dem Land geleistet haben, nicht ohne Anerkennung. Ich hätte deshalb eine andere Antwort erwartet dürfen. Die Frage ist, ob das Parlament, das von den Friedensverhandlungen ferngehalten wurde, das Recht hat, Fragen zu stellen.“

„Selbstverständlich“, rief Clemenceau, „Barthou wurde fortgesetzt von der Linken unterstützt, als er Clemenceau vorwarf, er wolle der Debatte ausweichen. Clemenceau erwiderte: „Ich weiche nicht aus. Wenn Sie logisch bleiben wollen, verlangen Sie die Vertagung der Debatte, bis die Vereinigten Staaten ratifiziert haben.“

Da die äußerste Linke Barthou fortgesetzt Beifall schenkte und namentlich der sozialistische Abgeordnete Raffin wegen Zwischenrufe machte, sagte Clemenceau halblaut: „Da haben Sie die Rede, die Ihnen befehlen und für die Sie arbeiten.“ Barthou rief darauf: „Ich habe für Frankreich gearbeitet, Herr Ministerpräsident. Respektieren Sie die Unabhängigkeit und die Würde derjenigen, die Frankreich ebenso hoch achten wie Sie!“

Unter großer Erregung wurde hierauf die Diskussion auf Donnerstag vertagt.

### Kerenin über die Lage in Rußland.

H. N. Haag, 26. September.  
Aus New York wird gemeldet: Kerenin sagte in einem Interview mit der „United Press“, falls die Alliierten die Blockade von Rußland rückgängig machen und wieder Nahrungsmittel und alles andere, was zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens erforderlich ist, dorthin schicken wollten, falls sie ferner die Antikommunisten nicht weiter unterstützen würden, so würde die Räteregierung bald zusammenbrechen. Das russische Volk werde niemals bereit sein, Koltschal oder Denikin anzuerkennen, weil diese beiden kein anderes Ziel haben, als die Wiederherstellung des alten Regimes. Außerdem müßten diese reaktionären Führer sofort ihre Kraft ändern, sobald sie von den Weltmächten nicht mehr unterstützt würden. Als Beispiel führte er die Lage in Kopenhagen an. Solange dort britische Truppen geshoben hätten und die britische Regierung unterstützten, habe diese einer zaristischen Diktatur gegolten, sobald aber die britischen Truppen abgezogen wurden, habe die Regierung sich demokratisiert.

Die Besetzung Oberschlesiens durch Entente-Truppen nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags, die aus Warschau gemeldet wird, findet nicht statt. Die Meldung ist gefälscht.

## Die Bewegung in der Metallindustrie.

### Stilllegung des Kraftwerks Siemens.

Die Zahl derjenigen Betriebe, die sich am Kampf beteiligen wollen, hat sich auf 100 erhöht; die Zahl der im Streik befindlichen Firmen auf 40. Auch heute ist eine Ausdehnung des Streiks zu verzeichnen. Die Geisler und Maschinen der Zentrale des Siemenswerkes sind in den Streik getreten, so daß dadurch das ganze Werk zum Stehen kommen muß. Im Siemenswerk sind insgesamt 35 000 Arbeiter beschäftigt. Man wird der weiteren Entwicklung des Streiks gerade in diesem Bezirk mit Spannung entgegensehen. Denn in diesem Fall dürfte es sich erweisen, ob die von den militärischen Stellen ins Leben gerufene „technische Nothilfe“ eingreifen wird oder nicht. Zwar ist bei der Gründung dieser Vereinigungen betont worden, daß ihr Eingreifen nur erfolgen solle bei „gewerkschaftlich nicht genehmigten“ Streiks. Aber inzwischen haben die militärischen Stellen ja wenig Zweifel daran gelassen, daß ihnen die Bekämpfung des Streiks auch in den Fällen obliegt, in denen in den Elektrizitätswerken die Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung in den Streik treten. Aber einen solchen Versuch, den Streik der Arbeiter zu sabotieren, dürften die Arbeiter wohl kaum tatenlos gegenübersehen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß sie, wenn durch das Eingreifen der „Technischen Nothilfe“ das Werk mit Strom versorgt wird, unter diesen Umständen die Fortsetzung der Arbeit verweigern werden, weil sie als Streikbrocherarbeit anzusehen ist.

Es haben sich erneut einige Firmen bereiter erklärt, die von der Arbeiterschaft geforderten Lohnsätze zu zahlen; sie werden jedoch durch hohe Konventionalstrafen des Verbandes der Berliner Metallindustriellen abgehalten, diese Erklärung unterschriftlich abzugeben. Einige Firmen haben jedoch, trotzdem sie Mitglieder des Verbandes der Metallindustriellen sind, die Vereinbarungen bereits unterschriftlich anerkannt.

Es wird uns weiter mitgeteilt, daß in Siemensstadt und Spandau der Straßenbahnverkehr ruht und das elektrische Licht ausbleibt. Die Funkstation geht ebenfalls nicht.

### Straßenbahnerstreik in Bremen.

Bremen, 26. September.  
Gestern nachmittags fanden Verhandlungen zwischen der Direktion der Bremer Straßenbahn und den Vertretern des Fahrpersonals über die geforderte Teuerungsbefreiung statt. Der Schlichtungsausschuss lehnte nach den Vorträgen beider Parteien die Festlegung einer Teuerungszulage ab. Die Kraftfahrergesellschaft „Niederfahren“ hat verschiedene ihrer Wagen für den Personenverkehr hergerichtet, die den Verkehr auf der Strecke der Ringbahn und auf den wichtigsten Nebenlinien so gut wie möglich aufrecht erhalten.

### Zum Hafenarbeiterstreik.

Bremervorhaben, 26. September.  
Zum Streik auf den Fischdampfern in den Unterwesertorien ist zu melden, daß nicht alle Fischdampfer-Besatzungen abgemustert haben, so daß morgen schon mehrere Dampfer wieder in See gehen werden. Die Reederei haben beschlossen, in Zukunft keine dem Seemannsbunde angehörenden Seeleute anzunehmen.

### Ausperrung im graphischen Gewerbe Norwegens.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.  
Stockholm, 23. September.  
Dem norwegischen „Socialdemokraten“ zufolge hat die große Ausperrung in der graphischen Industrie begonnen. Die vereinigten Gewerkschaften werden in den nächsten Tagen den Sympathiestreik proklamieren.

Der „Anchrunder-Korrespondent“ berichtet: Der norwegische Arbeitgeberverband hat, offenbar angeregt durch die gelungene Rodstprobe der Schwedischen Unternehmer gegenüber den Buchdruckern, seine kürzlich ausgesprochene Androhung einer allgemeinen Ausperrung im graphischen Gewerbe in die Tat umgesetzt. Die industriellen Scharfmacher wollen mit diesem Gewaltmittel die seit längerer Zeit streikenden Buchbinder zur Wiederaufnahme der Arbeit zwingen. Wie uns vom Vorstande des norwegischen Verbands für Buchdrucker am 18. September telegraphisch mitgeteilt wurde, sind von der Ausperrung die Arbeiter sämtlicher graphischer Branchen betroffen worden. Danach ist die anfängliche Absicht, nur die in Zeitungen beschäftigten Arbeiter von der Ausperrung auszuscheiden, vom losierten Unternehmertum fallen gelassen worden. Jedweder Zug nach Norwegen ist aufs strengste ferngehalten! — Nach anderen Meldungen sind 60 000 Arbeiter von der Ausperrung betroffen.

### Drohender Generalstreik in Italien.

Bern, 26. September.  
Die Rolländer Arbeitskammer hat mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit einer Lösung des seit Monaten bestehenden Konfliktes zwischen Metallarbeitern und Industriellen an das Arbeitersekretariat des allgemeinen Gewerkschaftsbundes das Ersuchen gerichtet, den Generalstreik in ganz Italien zu erklären.

### Ausdehnung des amerikanischen Stahlstreiks.

Haag, 26. September.  
„New York Courant“ meldet aus Washington über den Streik in der amerikanischen Stahlindustrie: Der Streikleiter Foster erklärte, daß 327 000 Arbeiter streiken. In Ohio, Illinois und Indiana sind die meisten Fabriken geschlossen. In Ohio streiken 8700, im Bezirk Cleveland 66 000 Arbeiter. In Clarion bei Pittsburg haben am Sonntag neue Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Streikenden stattgefunden. Der Eisenbahnerverband beschloß auf einer in Cincinnati abgehaltenen Versammlung, zur Aktion überzugehen. Auf beiden Seiten bereitet man sich auf einen langen Kampf vor.

Die Arbeitgeber richten für die Arbeitswilligen Häuser ein. Der allgemeine Streik soll bis zum 1. November dauern, wenn nicht eine Lohnerhöhung von 60 Prozent, der Sechshunderttag, die fünfzügige Arbeitswoche, 50 Prozent Lohnerhöhung für Überstunden und hundertprozentige Lohnerhöhung für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen in Illinois, Indiana, Pennsylvania und Ohio bewilligt wird. Auf einer in Indianapolis abgehaltenen Versammlung erklärten sich auch die übrigen Bezirke bereit, diese Forderungen zu stellen.

## Aus dem freiesten Lande der Welt.

In dem Haushaltsausschuß der Preussischen Landesversammlung kam am Mittwoch bei der Beratung des Haushaltes der Preussischen Regierung auch die Frage der Nichtbeschäftigung des Genossen Bogaherr als Landrat für den Kreis Schmalkalden zur Sprache. Während in der gesamten Tagesordnung bisher nur angeblich persönliche Gründe zur Nichtbeschäftigung Bogaherr durch die Regierung geführt hatten, wurde in der Sitzung Herr Heine, der Minister des Innern, deutlicher. Er sagte, in erster Reihe seien es persönliche Gründe gewesen, aber es hätten auch politische Gründe mitspielt, denn die politische Wirkung der Ernennung Bogaherr hätte sehr bedenkliche Folgen haben können. Daraufhin verlangte unser Genosse Siedler von der Regierung eine unambigüose Erklärung, wie sie sich zu der Frage der Ernennung von unabhängigen Landräten grundsätzlich stellt. Man poche doch anzuwenden auf die großen Erregungszustände der Demoskratie und demnach sei es doch wohl selbstverständlich, daß auch unabhängige Landräte, sofern sie von den Kreisräten gewählt seien, von der Regierung bestätigt werden müßten. Es gebe in Preußen fünf Kreise, in denen die U. S. D. allein die Mehrheit habe, aber noch eine ganze Anzahl von weiteren Kreisen, in denen sie mit den Rechtssozialisten eine Mehrheit bilde, aber auf Grund ihrer verhältnismäßigen Stärke den Anspruch auf das Landratsamt erheben könne.

Diese Anfrage schien Herrn Heine sehr unangenehm zu sein, denn zunächst wies er aus, und auf eine erneute Nachfrage Siedlers hin deutete er sich um eine klare Antwort herum, indem er sagte, er habe doch bisher schon verschiedene U. S. D.-Beigeordnete und Abgeordnete bestätigt, behalte sich aber im übrigen das Bestätigungrecht von Unabhängigen vor, da man manche Unabhängige von den Sozialisten kaum zu unterscheiden vermöge!

So pfaffen also Herr Heine und mit ihm seine Freunde auf die Demoskratie, wenn es sich um Unfälle und Unabkömmlichkeit handelt, und behaupten sie auch noch so großes Vertrauen in ihren Kreisen. Diese Falschheit noch links stehen im schärfsten Kontrast mit den andauernden Verbögenungen und Komplimenten des Herrn Heine von den Herren von rechts, den bürgerlichen Parteien. Unschuldig ist sich doch fast in der Sitzung vor den Herren Konservernationen mit der Erklärung, daß er, obwohl Preußen 60 Kreise mit sozialdemokratischer Mehrheit habe, bisher erst 11 sozialistische kommissarische Landräte ernannt habe.

## Preussische Landesversammlung.

34. Sitzung, Donnerstag, den 23. September.  
Präsident Polnert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 30 Min. Die zweite Beratung des Haushaltsplans der Landesverwaltung wird fortgesetzt.

Herr Müller-Wärs (Soz.): Bei den Kanalbauten und den Hochbauarbeiten werden leider die tariflichen Bedingungen längst nicht immer eingehalten. Die Unternehmer sehen sich schon wieder nach billigen ausländischen Arbeitern um.

Paul Hoffmann (U. S. D.): Zwischen den neulich vom Minister Cester dem Hauze über die Betriebslage der Eisenbahnen gemachten Angaben und den Feststellungen der Eisenbahnarbeiter stellt ein gewaltiger Widerspruch. Rollendes Material und betriebsfähige Lokomotiven sind also genügend vorhanden. Der Fehler, der zur Verkeits- und Kollisionsgefahr führt, muß also anderswo zu suchen sein. Die auch von der nicht betriebenen Tatsache, daß die Vinnenschiffahrt gebindert wird, beim Transport der Kohlen mitspielen, beweist fernerhin, daß an irgendeiner Stelle ein organisatorischer Mangel vorliegt. Die veraltete Staatsbureaucratie, die verkehrte Innen- und Außenpolitik der Regierung sind Schuld an den Unfällen.

Unabhängig vertreten wir den Standpunkt, daß den Arbeitern eine den Zeitverhältnissen entsprechende Entlohnung gewährt wird, insbesondere auch für die der Bauernhaltung unterstellten Arbeiter. Da finden wir ganz in der Nähe von Berlin nach Böhme von 80 bis 120 Pfennig. Damit ist heutzutage keinesfalls mehr auszukommen, um so weniger als die Lebensverhältnisse dort kaum wesentlich billiger sind als in Berlin selbst. Dagegen aber verlangen wir, daß dem Arbeiterstand die allergrößte Aufmerksamkeit zugewendet wird. Die Statistik weist geradezu erschreckende Unzulänglichkeiten auf, auch in bezug auf die Bauarbeiter. Die Straßen, die dafür ausgeworfen werden, müssen geradezu als eine Prämie wirken. In 90 von hundert Fällen werden für Uebertragung der Unfallversicherungsvorschriften Straßen von nur 3-50 Mark verlegt.

Minister Dr. Cester: Die Vorarbeiten zum Mittelkanal sind weiter gefördert worden. Bisher sind für 45 Millionen Mark Arbeiten vergeben und für 2 Millionen Mark aufgeführt worden. Die Arbeiten wurden ausgegeben, als die Landesversammlung noch nicht bestand und Arbeit geschäftlich werden mußte. Zwischen der Stellung der Juristen und der der Techniker wird ein Ausgleich angestrebt. Die Wasserwerke werden wir nach Möglichkeit ausbauen. Für Ölsprengen muß in dieser Hinsicht etwas besonderes geschehen; in der Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft Ostpreuens müssen Reich und Preußen freundschaftlich zusammenarbeiten. Die Elektrizität bietet uns die besten Aussichten, nicht nur hinsichtlich der Ausnutzung der Wasserkraft, sondern auch durch die Umwandlung unserer ganzen Brennstoffversorgung. Auf dem Wege der Umwandlung der Brennstoffe in elektrische Kraft werden wir in wirtschaftlicher Weise Kraft gewinnen, als das durch die Verfeuerung der Kohle geschieht. Dabei läßt sich nicht nur Steinkohle, sondern auch Braunkohle und Torf verwenden. Ueber das große Werk der Elektrifizierung der Eisenbahnen und andere Pläne wird die Öffentlichkeit bald unterrichtet werden. Durch Erhaltung von Brennstoffen und Arbeitskräften helfen wir unser Land wieder in die Höhe zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Herr Wolff (Soz.): Die Forderung des Ministers über den Ausgleich zwischen der Stellung der Techniker und der Juristen befriedigt uns nicht. Das Juristenmonopol muß gebrochen werden. Gerade das Programm der nationalen Umwertung der Währungsstoffe läßt sich nicht ohne die Sachkunde der Techniker durchführen.

Die Anträge des Haushaltsausschusses, in die Bezirkswasserstraßen-Bezirke und in den Landeswasserstraßen-Bezirke Vertreter der Angestellten und Arbeiter aufzunehmen und für die Beamten und Arbeiter Interessentenvertretungen zu errichten, werden angenommen, ebenso ein Antrag desentrums auf Verlegung eines Gesetzes über die Ausführung von Leitungen des Mittelkanals und ein sozialdemokratischer Antrag auf Gleichstellung der höheren technischen Beamten mit den juristisch vorgebildeten höheren Beamten in der Bauverwaltung. Damit ist der Haushalt der Landesverwaltung erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr.







# Die Ursachen der Kohlennot.

## Die Kommission des Volksgenrates in Oberschlesien.

Der Gau-Berliner Volksgenrat sah schon bei Beginn der Kohlennot und der dadurch drohenden Katastrophe den Beschluß, eine Kommission nach dem schlesischen Kohlenrevier, das als Bezugsquelle für Berlin hauptsächlich in Frage kommt, zu entsenden. Aufgabe der Kommission sollte es sein, die Ursachen der mangelhaften Versorgung mit Kohle sowie die Schuldigen festzustellen, um dann mit allem Nachdruck bei den in Frage kommenden Behörden Abhilfe zu verlangen.

Die Kommission setzte sich zusammen aus zwei Mitgliedern des Volksgenrates, zwei Arbeiterräten der Arbeitergemeinschaft des Magistrats (Gas- und Elektrizitätswerke), je einem Vertreter der Arbeiterschaft des Siemenskonzerns, der Waffen- und Munitionsfabriken und der Eisenbahnen. Des Weiteren schlossen sich auf Anregung des Oberbürgermeisters Wermuth zwei Herren, der Leiter der Kohlenverbandsstelle Groß-Berlins und dessen Vertreter, dieser Kommission an.

In achtstündiger intensiver Arbeit hat die Kommission in Oberschlesien ihre Mission erfüllt. Ihre Tätigkeit erstreckte sich auf folgende drei Hauptpunkte: 1. die Feststellung der Kohlenförderung und der Bestände auf den Kohlenfeldern, 2. den Abtransport der Kohle durch die Eisenbahn, die damit verbundene Wagenstellung und der verkehrsbereitbaren Lokomotiven, 3. den Abtransport der Kohle auf dem Wasserwege und die Umschlagmöglichkeit in Ostpreußen.

Zur gründlichen Erledigung dieser Fragen hatte die Kommission zwecks Information mehrere Konferenzen mit den Direktoren der Gruben in Königshütte, Kattowitz usw., sowie auch ausgiebige Verhandlungen mit dem Vertreter des Kohlenkommissars für Oberschlesien, Herrn Dr. Konikowski.

Die Kommission besichtigte drei der größten Gruben, und zwar die „Groszgrube“ in Jalesze, die historische „Königin-Luise-Grube“ in Hindenburg und die „Heroldgrube“ in Kattowitz. Es fanden dabei gemeinschaftliche Verhandlungen mit der Direktion und den Betriebsräten sowie auch Sonderverhandlungen mit letzteren statt.

In die „Heroldgrube“ wurde von der Kommission eine Einfahrt unternommen, um die schweren Arbeiten der Bergarbeiter unter Tage kennen zu lernen und auch unter Berücksichtigung der Betriebsverhältnisse mit ihnen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu sprechen.

Bei allen diesen Verhandlungen stellte die Kommission folgendes über die Bestände auf den Kohlenfeldern fest:

In der Zeit vom 1. bis 10. Januar 1919 war ein Bestand von 126 000 Tonnen zu verzeichnen. Ein dergleicher Bestand ist nach dem Urteil Sachverständiger notwendig, um die Gruben und Hüttenwerke im Besitz der plündernden Katastrophen zu schütten und lebensfähig zu erhalten.

In der Zeit vom 11. bis 20. Juni betrug der Bestand 185 000 Tonnen, dann aber folgte immer in Abständen von 10 Tagen eine sprunghafte Steigerung, so daß zum 11. bis 20. Juni 1919 489 000 Tonnen auf den Kohlenfeldern lagerten, vom 21. bis 31. Juli 557 000 Tonnen, vom 1. bis 10. August 589 000 Tonnen.

Das übereinstimmende Urteil der technischen Leiter und Betriebsräte ging dahin, daß die Kohlenförderung durch die Anhebung auf den Halden zu leiden hat, dementsprechend mußten schon vor dem Streik in den verschiedenen Gruben Feierschichten eingelegt werden. Aber auch die Kohle büßt durch den Umschlag auf den Halden infolge dem Wittern und Zerbröckeln sehr an Qualität ein.

Wie war es nun möglich, daß sich in den Monaten Juli bis August die Kohle in solchen ungeheuren Mengen anhäufen konnte?

Es wurde von der Kommission festgestellt, daß die Wagenstellung im April—Mai—Juni 1919 6 000 betrug, am 20. Juli jedoch schon eine plötzliche Steigerung in der Wagenstellung eintrat, die bis Mitte August anhielt. Während dieser Zeit blieb die Wagenstellung mit 2 500 bis 3 000 unter der normalen Stellung von 6 000 zurück. Die Zahl der angeforderten Wagen betrug in dieser Zeit über 7 000. Diese Erscheinung deutete zur Folge, daß nach ganz vollständiger Bereinigung ein Ausfall in 20 Tagen von je 2 000 Wagen = bis 60 000 Wagen oder 500 000 Tonnen Kohle für den Abtransport nach dem Berliner Industriegebiet zu verzeichnen war. Dieser Ausfall war, wie bereits erwähnt, in der Zeit vom 20. Juli bis Mitte August zu bemerken.

Der Streik der Eisenbahner war am 3. Juli beendet, so daß sich die Folgen des Streiks bis zum 30. Juli längt ausgewirkt hatten. Der Bergarbeiterstreik fiel in die Zeit vom 12. bis 24. August, so daß also die oben erwähnte Zeitperiode von jedem Streik und seinen Wirkungen unberührt blieb.

In der Zeit vom 20. Juli bis Mitte August hatte der Vorrat auf den Halden mit 588 000 Tonnen seinen Höhepunkt erreicht;

der Abtransport der oben erwähnten 500 000 Tonnen Kohle hätte also, weil doch dann keine Feierschichten eingelegt worden wären und die Förderung nach altem Urteil der Sachleute normal vor sich ging, immer noch einen normalen Bestand zurückgelassen. Was der Ausfall von einer halben Million Tonnen Kohle für Berlin bedeutet, läßt sich ermaßen, wenn man in Betracht zieht, daß Berlin in Friedensjahren ca. 1/2 Millionen Tonnen Kohle jährlich verbraucht. Bei der jetzigen Einschränkung hätten die 500 000 Tonnen fast zwei Monate gereicht.

Hier ist also die Hauptursache der Kohlenkatastrophe Berlin zu suchen. Alle Nachforschungen der Kommission, weshalb in dieser Zeit die Kohle nicht normal abgebaut wurde, wurden von den Behörden Stellen usw. weichen und brantwortet. Die Direktoren der Gruben erklärten, sich als Person hierzu nicht äußern zu können.

Die Arbeitervertreter sehen diese folgenschwere Störung auf das Konto der Regierung. Selbst der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Bürger bezeichnet die Regierung, daß keine neue es als einen Fehler der Regierung, und in der energischen Maßnahmen in der Wagenstellung und in der Beschaffung der Kohle auf dem Wasserwege getroffen worden sind. Die Vermutungen der Arbeitervertreter, daß hier politische Momente mitspielen, liegt jedenfalls sehr nahe.

Wie steht es nun mit der Kohlenförderung an sich und der Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter? Die reaktionäre und bürgerliche Presse versucht mit allen Mitteln, die Bergarbeiter der Paulbeit und der Sabotage zu verdächtigen. Mit oberflächlichen haltlosen Angaben versucht sie den Beweis zu liefern und die Öffentlichkeit zu täuschen.

Die Kommission stellte in dieser Hinsicht folgendes fest: In den ersten 10 Monaten des Jahres 1918 betrug die Leistungsfähigkeit pro Kopf und Schicht der Bergarbeiter 500 bis 600 kg Kohle. Von Januar 1919 bis Juli 1919 betrug die Leistung zwischen 6 und 600 kg Kohle. Was sind die Ursachen?

Während des Krieges wurde durchweg 10 bis 11 Stunden und verschiedentlich noch länger gearbeitet. Wochendarstellungen und Reparaturen unter und über Tage wurden

während des Krieges nur in den allerdringendsten Fällen ungeschädigt.

Kohlen, unter allen Umständen Kohlen! war die Losung.

Die ergiebigsten Kohlenquellen wurden vorgekommen und ausgebaut. Es wurde ein wahrer Raubbau mit der Arbeitskraft der Bergarbeiter getrieben. Wer sich nicht fügte, dem winkte der Schützengraden. Durch die Umwälzung im November 1918 wurde einmal die ständige Arbeitszeit eingeführt. Das bedeutet eine Verkürzung der Schicht um 26 Prozent. Des Weiteren wurde die Belagschicht, besonders über Tage, verstärkt, um die heruntergewirtschafteten Maschinen, Förderanlagen usw. wieder instand zu setzen und um die Aufbaumarbeiten in großem Umfang vornehmen zu können. Die Friedensbelagschicht betrug 123 000, die jetzige Belagschicht hingegen 152 000 Arbeiter. Diese erhöhte Arbeiterzahl von 80 000 wurde mit Inanspruchnahme von Reparaturen über Tage beschäftigt, die sich während des Krieges immer mehr und mehr angehäuften hatten. Bei der Berechnung der Durchschnittsleistung pro Kopf und Schicht der Belagschicht wurden diese Arbeiten miteingerechnet. Dadurch muß sich auch die Förderleistung vermindern. Die Kohle wird im ober-schlesischen Bergbau meistens durch Sprengungen gewonnen. In diesem Stock müssen Sprenglöcher von 1 bis 1 1/2 Meter geteufelt werden. Nach Aussage der technischen Leiter und der Betriebsräte konnte man früher mit einem Bohrer bis 10 Meter bohren (Wolframbohler), jetzt benötigen die Häuer zu einem Loch 3—4 Bohrer von dem minderwertigen Stahl.

Bei allen Verhandlungen, die die Kommission führte, wurde selbst von dem Herrn Eisenbahnpräsidenten die dringende Mahnung ausgesprochen, die Berg-, Hütten- und Eisenbahnarbeiter mit ausreichenden Lebensmitteln zu versorgen, da sonst ihre Kraft verlegt. Die gleichen Gesichter und die ausgebreiteten Gestalten in den Bergwerken legten August ab von der langen Hungerperiode, die die Bergarbeiter bei schwerer Arbeit und geringem Lohn durchgemacht haben.

Die Kommission unternahm auch in Begleitung des technischen Leiters und des Betriebsrates eine eingehende Besichtigung der Lokomotivwerkstätten in Gleiwitz. Die modern angelegten Werkstätten beschäftigen zur Zeit 2000 Arbeiter. Der Betriebsrat legte in Gegenwart der Direktion ganz entschiedene Verwahrung ein gegen die Verleumdung der Eisenbahnarbeiter durch gewisse Berliner Zeitungen. Die Kommission erklärte, daß diese gewissenlosen Verleumdungen bei der Berliner Arbeiterschaft keinen Anklang finden.

Die technischen Leiter und die Betriebsräte erklärten nun der Kommission eingehend, wie schwierig sich jetzt die Reparaturen der Lokomotiven gestalten. Die Maschinen sind total heruntergewirtschaftet. Und das Fehlen von Kupfer und gutem Weißmetall für Räder, ebenso von Werkzeugen, Zellen und reinem Öl erschwert die Arbeit ungemein. Auch sind die Löhne den letzten Lebensbedingungen keineswegs angepaßt. Aus diesem Grunde ist ein Mangel an tüchtigen Arbeitern, wie Schmieden, Kolonnenführern und Reifelschmieden sowie Werkzeugmachern, vorhanden.

Der Kommission wurde am Schluß der Verhandlungen nahegelegt, an maßgebender Stelle in Berlin dahin zu wirken, eine bessere Entlohnung der Eisenbahnarbeiter zu veranlassen und die Reparaturwerkstätten mit guten Materialien zu versorgen.

Die Kommission begab sich sodann nach Cosel-Ofen; hier wurden in Begleitung von Vertretern der Schiffer und der Eisenbahn die Ofenanlagen und Ladeeinrichtungen besichtigt. Der Ofen ist gut angelegt, hat drei Ofenbeden und Vorhöfen. Zur Verladung von Kohlen dienen 12 moderne Kippen. Bei richtiger Ausnutzung der Kippen können täglich 15 000 bis 20 000 Tonnen Kohlen verladen werden. Nach Untersuchungen ist in diesem Jahre der Wasserstand auf der Oder sehr günstig gewesen. Fahrzeuge waren bis zur letzten Woche reichlich vorhanden. Trotz alledem ist im Durchschnitt nur ein Drittel der Leistungsfähigkeit der Ladeeinrichtungen ausgenutzt worden. Der Mangel an Raum, der sich in letzter Woche bemerkbar machte, war darauf zurückzuführen, daß 170 mit Erz beladene Fahrzeuge nicht schnell genug gelöscht werden konnten und daß diese beim Schleppen zu Vergaben Vorzug vor leeren Kähnen erhielten. Das Erz war zum größten Teil für Oesterreich bestimmt. Infolge Wagenmangels konnte Oesterreich das Erz nicht abnehmen, so daß die Fahrzeuge fast drei Monate nicht zu anderen Zwecken frei waren. Kapitalistische Spekulation hat den Raumraum gleichgültig als Lagerort mit benutzt und dazu beigetragen, daß die Transportteile (sowohl leerer Raumraum noch vorhanden ist) auch in der Winternachtszeit in Erreichung tritt. Dazu kommt noch, daß die Schiffsabteilung beim Chef des Reichsbahnwesens über die Verhältnisse schlecht informiert ist. Die Eisenbahn ist nicht in der Lage, zu disponieren, da die gesamte Schifffahrt privatkapitalistisch geleitet wird. In der Winternachtszeit herrscht ein geschlossener Zustand von Schaben der Allgemeinheit und die Schiffsabteilung und die Betriebsverbände können diesen kapitalistischen Unternehmungen gegenüber nicht ausrichten.

In Kattowitz fand dann eine Konferenz mit der Eisenbahndirektion statt, wozu auch 6 Vertreter des Arbeiterverbandes erschienen waren. Die Absicht der Kommission ging dahin, die Ursachen der mangelhaften Wagenstellung in der kritischen Zeit vom 20. Juli bis Mitte August zu erforschen und die Verhältnisse in den Lokomotivwerkstätten zu besprechen. Die Vertreter des Arbeiterverbandes wollten diese Gelegenheit benutzen, in ganz einseitiger Weise heftige Anschuldigungen gegen die Bergarbeiter zu erheben. Die Kommission gab diesen Herren unabweislich zu verstehen, daß sie nicht gewillt sei, diese probatorischen Scharfmachereien mitanzuhören, worauf die „Ammächtigen“ demonstrativ den Sitzungssaal verließen.

Es wurden dann von Seiten der Eisenbahndirektion alle möglichen eisenbahntechnischen und Verwaltungsfragen erörtert, aber auf den eigentlichen Kern der Sache, warum in dieser kritischen Zeit die Störung in der Abförderung der Kohle eingetreten war, die zur katastrophalen Kohlennot geführt hat, ging man nicht ein. Man beschränkte sich darauf, daß die Schuld nicht in ihrem Direktionsbereich zu suchen wäre. Der Eisenbahnpräsident erklärte, daß als ein so hoher Stand an Lokomotiven vorhanden gewesen sei wie augenblicklich, daß aber ca. 50 Prozent reparaturbedürftig seien. Die Eisenbahndirektionen sollten jedoch nicht in der Lage, den laufenden Anforderungen nachzukommen, und mußten in letzter Zeit die Werkstätten für die Reparaturen herangezogen werden. Von der Kommission wurde hierzu erklärt, daß bei der Stilllegung und Einschränkung der Großbetriebe in Berlin im Januar und Februar d. J. vom Volksgenrat beim Demobilisierungsausschuß ständig die Forderung erhoben wurde, die Werkstätten mit Neubauten und Reparaturen von Lokomotiven oder Teilarbeiten zu beschäftigen. Aber der alte Geheimratsgeist, an dem die Revolution spurlos vorbeigegangen ist, hat alle Verträge des Volksgenrats wieder gemacht und dafür gesorgt, daß die Lokomotiven von Reichsbahnleitern manuell auf der Straße lagen. Damals wurde immer erklärt, man müsse warten,

die Arbeit würde zu teuer. Inzwischen sind Milliarden über Milliarden für Freiwilligenverbände und Reichswehr verschleudert worden.

Den Abschluß der angefallenen Ermittlung über die Ursachen der Kohlennot bildete eine

Sitzung der Kommission mit dem Reichskohlenamt in Berlin,

an der auch Vertreter des Generalamtes der Eisenbahnen und der Schiffsabteilung des Reichsbahnwesens teilnahmen. Die Kommission erstattete Bericht und stellte als wichtigen Fragen auf. Das Ergebnis der Verhandlungen war auszusehen. Die Vertreter der Staatsbureaus trugen sich nach acht bürokratischer Gepflogenheit streng auf die Beschlüsse ihrer Ressorts zurück und versuchten nach Möglichkeit die Schuldfrage von sich abzuwenden. Die Herren von der Schiffsabteilung, die wohl in dieser Beziehung noch nicht die nötige Routine besitzen, kamen dabei zu kurz und mußten zum Schluß für Reichskohlenkommissar und Eisenbahnen den Präzedenzfall abgeben.

Die Kommission hat jedenfalls aus ihrer Informationsreise die Aufassung gewonnen, daß es Aufgabe des gesamten werktätigen Volkes sein muß, die erste Situation klar zu erkennen. Die Kohlenfrage berührt den Lebensnerv des deutschen Wirtschaftslebens. Werden hier nicht energische Maßnahmen ergriffen, ohne Rücksicht auf die kapitalistischen Interessen und die Gewohnheiten einer verfallenen Staatsbureauskratie, so ist der katastrophale Zusammenbruch für den kommenden Winter unabweislich.

## Hungerkrieg gegen Berlin.

Aus dem Stadtparlament.

Die Bezahung der Hilfskräfte an dem Fach- und Fortbildungsschulen ist bisher sehr ungleichmäßig gewesen. Die schlechtestbezahlten bekamen 1,80 M., die bestbezahlten 6 M. pro Stunde. Einem Ausbachertrag entsprechend soll eine Erhöhung der unteren Bezüge eintreten. Anschließend an seinen diesbezüglichen Bericht richtete Genosse Jubel an die städtischen Arbeiter sowohl wie an die Angestellten, Beamten und Lehrer die Mahnung, bei weiteren Anträgen auch an die Interessen der großen Masse der steuerzahlenden Bevölkerung zu denken, die in ihrem Einkommen weit ungünstiger gestellt sind als sie.

Eine andere Vorlage sieht die Zusammenfassung der gesamten Jugendfürsorge auf einheitlicher Grundlage vor. Alle Parteien begrüßten die Vorlage. Herr Cassel (Dem.) vertiefte sich sogar zu der Behauptung, es sei ein Verdienst seiner Fraktion, schon vor der Revolution auf dieses Ziel hingearbeitet zu haben. Genosse Rosenfeld konnte demgegenüber an zahlreichen Beispielen nachweisen, welche Schwerezeiten und gerade von der früheren liberalen Fraktion in unserem Kampfe um Vereinheitlichung der Jugendfürsorge bereitet worden sind. Die Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen.

Die Uebernahme der Schulgesundpflege durch die Stadt bildete den Gegenstand eines Antrages unserer Fraktion. Genosse Badewieser durch reiches illustratives Material nach, wie wenig wirksam der jetzige Zustand gewesen ist, hinsichtlich der vorzunehmenden Behandlung. Die Kosten werden natürlich erheblich sein, der Gewinn für die Volksgesundheit dürfte aber weit überwiegen. Auch diese Vorlage ist einem Ausschuss überwiesen worden.

Nach schweren Kämpfen ist es endlich zum Abschluß eines Arbeiterlohntarifs gekommen. Die Stadtverordnetenversammlung ist dem beigetreten. Herr Reiffert besaß die bitterlich über den Terrorismus der freien Gewerkschaftler, die sich weigern, mit Deuten zusammenzuarbeiten, die bei keiner Gelegenheit bereit sind, an den operativen Kämpfen um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen teilzunehmen. Die Früchte der Kämpfe anderer möchten sie aber schamlos einheben. Doch sich die freien Gewerkschaftler dagegen wehren ist doch begründlich. Amüsant war, daß aufgereizt aus der Christlichen Volkspartei für die „terrorisierten“ Begleit und Konforten ein Schildhalter erstand.

Über die Obst-, Gemüse- und Lebensmittelwirtschaft wurden der städtischen Verwaltung von bürgerlicher Seite schwere Vorwürfe erhoben. Durch falsche Dispositionen, unsachgemäße Behandlung und bürokratische Engstirnigkeit würden gewaltige Mengen dem Verderben preisgegeben. Der Verlust, der auf diese Weise der Stadt erwachsen wäre, betrage allein für 1918 27 Millionen Mark. Dieser Betrag sei um so höher zu veranschlagen, als ein erheblicher Teil des zu erwartenden Verlustes bereits in den Großhandelspreis einfließt sei. Der bürgerliche Redner erwartete vom freien Handel alles Heil.

Der Magistratsvertreter stellte gegenüber dem Redner fest, daß die Verlustsumme nicht 27, sondern 13 Millionen Mark betrage und sich nicht auf ein, sondern auf vier Jahre verteile, bei einem Gesamtumsatz von 182 Millionen Mark unter Berücksichtigung, daß es sich um leicht verderbliche Lebensmittel handelt, ein nicht zu hoher Betrag.

Genosse Glucke hielt dem bürgerlichen Beschwörer des freien Handels die Tatsache entgegen, daß die freigegebenen Obst- und Gemüsesorten nur zu ganz horrenden Preisen zu haben sind. Ob die Bevölkerung diese Preise zahlen kann, danach wird nicht gefragt. Aber als Stadtverordnete haben wir die Pflicht, nicht den Agrariern und Zwischenhändlern enorme Gewinne zu verschaffen, sondern wir sind verpflichtet, die Interessen der Verbraucher wahrzunehmen.

Oberbürgermeister Wermuth ergriff nunmehr das Wort und führte aus: Wir haben bei der Lebensmittelversorgung die finanziellen Zuschüsse in den denkbar engsten Grenzen gehalten bis auf die letzte Zeit, wo der Staat eingriff und uns zwang, zur

Am 1. Oktober erscheint

## Taschenkalender 1920 der U.S.P.D.

Reicher Inhalt / Nicht mit Inseraten belastet  
Handliches Format / Gut gebunden und ausgestattet  
128 Seiten Preis 2.— Mark  
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“  
e. G. m. b. H.  
Abt. Buchhandel Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19



Bestimmung der Bedenkmittel erhebliche Aufwendungen zu machen. Bei der außerordentlichen wirtschaftlichen Verwirrung werden wie auch ferner mit dem Ausnahmezustand zu rechnen haben. Die Ernährungslage für kommenden Winter erscheint mir nicht gefährlich. Kartoffeln und Getreide sind ausreichend vorhanden. Aber gleich wird von den Viehhändlervereinigungen so gut wie nichts mehr geliefert. Wir sind also auf Ausland angewiesen. Was mich aber bedenklich stimmt, ist, daß Brandenburger Landwirte unverblümt mit dem Lieferpreis drohen, falls nicht bündige Zusagen über die Ernährungspolitik bis 1. Oktober abgegeben werden, die kein Mensch abgeben kann. Es droht uns eine Hungererregungspolitik, wie wir sie bisher noch nicht erlebt haben. Davor möchte ich die ohnehin ausgehungerte Bevölkerung bewahrt sehen. (Stürmischer Beifall auch auf der Tribüne.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

## Gewerkschaftliches.

### Zur Steuer der Wahrheit.

In seiner Morgenausgabe vom 23. d. M. gibt der „Vorwärts“ unter der Rubrik „Groß-Berlin“ eine Darstellung über die Bewegung der Hennigsdorfer Arbeiterschaft zur Anerkennung der Betriebsräte, die allen Auslegungslücken freies Spielraum läßt. Vom Zentralarbeitsrat der A.-E.-G.-Fabriken Hennigsdorf erhalten wir darauf mit der Bitte um Aufnahme folgenden objektiven Bericht:

Am 23. August erging an die Betriebsräte als Folge verschiedener Differenzen eine Mitteilung, in welcher die Art der Betätigung und Bezahlung unter Verfassung auf diverse Gesetzesparagrafen für die Folge festgelegt werden sollte.

Eine am 25. August tagende Sitzung aller Betriebsräte, Angelegenheitsvertreter und Arbeiterräte der A.-E.-G.-Betriebe Hennigsdorf nahm zu dieser Frage Stellung und beschloß einstimmig, die Mitteilung der Direktion als völlig unzulänglich zurückzuweisen. Es wurde fest einmütig der Meinung Ausdruck gegeben, daß eine Fügung in den Rahmen des Gesetzes für uns die völlige Aufgabe der seit dem 9. November erzwungenen Rechte bedeuten würde.

Nachdem die Direktion erklärt hatte, daß ihr Scheitern lediglich als Verhandlungsabsatz gedacht sei, arbeitete eine aus den Betriebs- und Arbeiterräten gewählte Kommission einen Gegenentwurf aus, für welchen als Grundgesetz die unbedingte Beibehaltung aller Funktionen in der bisher ausgeübten Form maßgebend war.

Bei der Verhandlung mit der Direktion am 30. August beriefen sich die Direktoren wieder im wesentlichen auf die Gesetze, während wir eine Bewertung auf die Gesetze grundsätzlich ablehnten und uns auf den Boden unserer revolutionären Ergründungen stellten.

Nach längerer ergebnisloser Beratung gab Direktor Kretz eine kategorische Erklärung ab, daß er ab Montag, den 1. September, nur drei Betriebsräte bezahlen werde. Darauf wurde von uns die Verhandlung abgebrochen. Am 1. September griff die Direktion in verschiedenen Betrieben in die Rechte der Betriebsräte ein und gab auf die nochmalige schriftliche Ueberreichung unseres Gegenentwurfes eine völlig unbefriedigende Erklärung ab. Am 3. September beschloß die Gesamtarbeitschaft, der Direktion den anschaulichen Beweis zu liefern, daß drei Betriebsräte als Vertreter der Arbeiterschaft nicht genügen, indem sie den Vorschlag der Gesamtarbeitschaft annahm, welcher besagte, daß die Betriebsräte jegliche Tätigkeit den Kollegen selbst übertragen, bis die Direktion unsere alten Rechte unbeschränkt wieder freigibt.

Es ergab sich daraus die Situation, daß ganze Abteilungen von 50 bis 100 Kollegen gemeinsam bei der Direktion vorstellig wurden, um ihre Forderungen zu unterbreiten, wobei grundsätzlich Verhandlungen mit Kommissionen abgelehnt wurden. Die Direktion wurde ziemlich kopflos, es kam zu erregten Auseinandersetzungen, wodurch sich die Situation derart verschärfte, daß die Gesamtarbeitschaft am 6. September einstimmig beschloß, der Direktion ein bis Montag, den 8. September, 9 Uhr, befristetes Ultimatum zu stellen und bei unbefriedigender Beantwortung in den Streik zu treten.

Am 8. September wurde unser Ultimatum in Bezug auf Betätigung und Bezahlung der Betriebsräte mit ganz unwesentlichen Abweichungen akzeptiert.

Demnach besteht die Betätigung und Bezahlung der Betriebsräte nun in folgender Form:

Auf je 100 Beschäftigte entfällt ein ordentlicher Betriebsrat (und 2 Stellvertreter). In jedem Betrieb wählt sich der Betriebsrat einen engeren Betriebsrat (Verhandlungskommission), welcher als ständige Kommission zur Wahrung der Arbeiterinteressen aus der produktiven Tätigkeit ausscheidet. Es werden als engerer Betriebsrat zugewandten für Betriebe unter 500 Beschäftigten zwei Mitglieder, über 500—1000 Beschäftigte drei Mitglieder, für jedes weitere volle 500 ein Mitglied mehr.

Es kommen demnach für die fünf Betriebe mit ca. 6000 Beschäftigten 17 Betriebsräte als ständige Kommissionen in Frage, und zwar:

Für Stahlwerk 2, Scheinwerferfabrik 3, Flugzeugfabrik 3, Kollertfabrik 4 und Lokomotivfabrik 5 Mitglieder. Die übrigen Betriebsräte dürfen in ihrer Tätigkeit nicht behindert werden. Sie geben dem Meister Kenntnis, wenn sie zwecks Erhellung von Differenzen ihre Arbeitsstelle verlassen. Alle hierauf entfallende Zeit wird auf besondere Kommissionsnummern verrechnet. Entlassungen und Entlassungen erfolgen nur unter Zustimmung des Betriebsrates. Dem Betriebsrat steht zur Ausübung seiner Tätigkeit ein geeigneter Raum mit Telefon und notwendigem Material zur Verfügung.

Die Betriebsräte haben ihre Tätigkeit nur auf innere Angelegenheiten der Betriebe auszuüben, während die sechs Arbeiterräte ihre Tätigkeit nach außen hin verlegen.

Es war nun Absicht der Direktion, dieses getrennte Arbeitsverhältnis zu vereinigen. Dieser Angriff ist aber durch unsere Aktion siegreich abgelehnt worden.

Es mag nun ein jeder selbst prüfen, ob die Hennigsdorfer Arbeiterschaft über den Rahmen des Gesetzes hinaus an ihrer alten revolutionären Ergründungen festgehalten hat oder nicht.

## Die Lohnbetogung im Berliner Zeitungsgewerbe.

Die Arbeitgeber versuchen, die Verhandlungen über den vorerlegten Tarif dauernd hinauszuschieben und kommen mit dem Vorschlag, Reichstarife unter Hinzuziehung aller möglichen gelben Gruppen abzuschieben. Man hofft, durch Heranziehung der teilweise noch äußerst rückständigen Verhältnisse im Lande, wo z. B. der berüchtigte Gewerkschaftsbund einen Landestarif mit den höchsten Zeitungslöhnen abgeschlossen hat, der geradezu Hungerlöhne enthält, die Forderungen der fortgeschrittenen Berliner Kollegen, die sich restlos hinter die freien Gewerkschaften der Angestellten stellt, herabdrücken zu können.

Von den Angestelltenausschüssen und Vertrauensleuten im Groß-Berliner Zeitungsgewerbe wurde nun förmlich ein Ultimatum bis zum 20. d. M. gestellt, nach dessen Ablauf alle weiteren Schritte zur energischen Durchsetzung der Forderungen der Angestellten unternommen werden sollen.

Zur Entgegennahme des Berichtes über die Stellungnahme der Arbeitgeber versammeln sich die Angestelltenausschüsse und Vertrauensleute der Zeitungsbetriebe und Annoncen-Expeditionen Groß-Berlins am Sonnabend abend 7/8 Uhr im Blauen Saal des Wilhelmshofes, Anhaltstraße 12.

### Achtung! Graphisches Gewerbe!

Die in den Großdruckereien geübten Kombinationen der S. V. D.-Anhänger, die Versammlungen heute nicht zu besuchen, möge man als das betrachten, was sie sind: Quertreibereien. Laßt Euch nicht verwirren! Kommt alle zur freien Aussprache!

Der Propagandaausschuß für den Zusammenschluß im graphischen Gewerbe.

Die Tarifverhandlungen der Gemeindeverwaltungen Groß-Berlins mit den Organisationen der städtischen Arbeiter, die auf heute vormittag angesetzt waren, sind auf kommende Woche vertagt worden. Die Gründe hierfür sind darauf zurückzuführen, daß die städtischen Körperschaften am Sonnabend nochmals die finanziellen Wirkungen prüfen wollen.

Bei der Firma Schwab u. Co., Köpenicker Str. 110, wird gearbeitet. Die Arbeiterarbeit anderer Inhalationsfirmen wird getrieben, keinerlei Streikarbeit zu leisten und sich in Streikfällen an die Streikleitung im Lokal von Prasser, Michaelkirchstraße, Ecke Buxtehuder Straße, zu wenden. In Betracht kommen besonders Arbeiten für Theater, Zirkusse und Kinos.

## Groß-Berlin.

### Die Angriffe auf die Festsitze Groß-Berlin.

Nach Zeitungsnachrichten wurden in der Wilmerdorfer Stadtverordnetenversammlung, in der auch die Gemeinde Wilmerdorf mitwirkte, gegenüber der Festsitze Groß-Berlin Vorwürfe erhoben. Hierzu schreibt die Nachrichtenstelle des Berliner Magistrats:

Wenn der Ansicht erweckt wird, als habe der gemeinliche Einkauf für Groß-Berlin noch keine Früchte gezeitigt, so muß demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß auf Grund dieses Einkaufs außerhalb der städtischen Grenzen außer den verschiedenen anderen Waren auch Fett in beträchtlicher Menge beschafft und über Groß-Berlin verteilt worden ist. Es muß bedenklich sein, daß in den genannten Verhandlungen diese positive Leistung außer Acht gelassen wurde. Eine Zentralisierung des Einkaufs für Groß-Berlin wurde von dem Lebensmittelverband für durch- aus zweckmäßig erachtet, damit die einzelnen Groß-Berliner Gemeinden sich nicht gegenseitig Konkurrenz machten und hierdurch preissteigernd wirkten. Es waren sich auch in der Festsitze alle Gemeinden einschließlich Wilmerdorf darin einig, daß günstige Offerten, die einzelnen Gemeinden zugehen, selbstverständlich auszugreifen und an die Festsitze weiterzuleiten seien. Das günstige Angebot unter dem gemeinsamen Einkauf stehen, ist daher völlig unzutreffend. Allerdings sprach der Wilmerdorfer Magistratsvertreter nach den Presseberichten die Befürchtung aus, daß die von ihm angekauften Waren der Beschlagsnahme verfallen könnten. Danach scheint der Einkauf von Fleischwaren im Mittel- punkt der Betrachtung gestanden zu haben. In dieser Weise ist allerdings die Festsitze bisher weder vorgegangen, noch hat sie ein solches Vorgehen beabsichtigt. Im Gegenteil haben die Groß-Berliner Gemeinden bisher einhellig die Befolgung des Fleischhandels für notwendig gehalten und von Ankauf von Fleischhandelswaren verstanden.

### Achtung, Arbeiterräte und Betriebsräte.

Das Sekretariat des Vollzugsrats befindet sich R i n g - s t r a ß e 24, 3 Treppen. Der Vollzugsrat.

Ein Stellenschwindelunternehmen hat die Kriminalpolizei im Reim erwischt. Die 22 und 23 Jahre alten Handlungsgehilfen Hans Gamlin aus der Hohenkaufstraße und Kurt Bohmann aus der Ritterstraße gründeren zunächst einen Gasantriebsmaschinenbetrieb „Abalus-Gesellschaft, Hohmann u. Komp.“. Bei der Wahl der Firma dachten sie wohl weniger an die Redensart des Pythagoras als daran, möglichst vorn in des Jahrespreiszugsverzeichnis hinzuzukommen. Ihre Redensart klang wenigstens durchaus nicht. Der Betrieb, der in einem Stallraum am Hofe der Ritterstraße 25 untergebracht war, kam nicht in Gang. Jetzt versuchen es die beiden Unternehmer in demselben Raum mit einer Wühlmaus. Als auch dieser Versuch fehlschlug, legten sich Hohmann u. Komp. auf den Stellenschwindel, bei dem ihnen ihre eigene Auskunftei wesentlich helfen sollte. Durch eine große Zeitungsanzeige suchten sie am 11. d. M. für ein aktiennotiertes Unternehmen der Wühlmausmaschinenfabrikation wegen bedeutenden Ausbaues und Uebernahme neuer Zubehörspezialarbeiten Arbeitskräfte ohne Branchenkenntnis, wie Richtmeister, Sandstr., Propagandisten usw. Alle Bewerber erhielten den Bescheid, daß sie Aussicht hätten, angenommen zu werden. Bevor jedoch müßte die Persönlichkeit durch die Auskunftei „Abalus“ geprüft werden. Dort in dem Stallraum wurde ihnen ein Bestellbühren vorgelegt, nach dem sie zunächst einmal 3 M. Schreibbühren zu zahlen hatten. Der Betrag für die Auskunftei war freigeblieben. Die

Bewerber konnten ihn nach Belieben ausfüllen und schreiben, in der Meinung, so die Auskunftei beeinflussen zu können, bis zu 20 und 100 M. hinein, die sie dann sofort auch erlegen mußten. Bei der Auskunftei eilig wünschte, hatte noch einen „Ergebnisbogen“ von 50 Prozent sofort zu zahlen. Bevor die Schwindler nach dazu kamen, den größeren Teil der Bewerbungen zu bearbeiten, kam ihnen die Kriminalpolizei auf die Spur, hob ihren Betrieb aus und setzte sie hinter Schloß und Riegel. Alle diejenigen, die ihnen schon ins Garn gegangen waren, werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Ruß im Zimmer 103 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Öffentlicher Tuberkulosevortrag. Auf Veranlassung des Verbandes der Krankenkassen Groß-Berlin und der Landesversicherungsanstalt Berlin hält Herr Prof. Dr. Kahserling im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz heute abend 7 Uhr einen öffentlichen Vortrag über „Die Tuberkulosegefahr der Gegenwart und die Mittel zu ihrer Abwendung.“

Wie man sie verscharrt. Zu der unter vorstehender Spitzmarke veröffentlichten Notiz über die landesweite Verscharrung eines verstorbenen Kriegesbeschädigten wird und ergänzend mitgeteilt, daß die Lagerverwalter der Meierei Volle alles getan hat, um dem Verstorbenen ein angemessenes Begräbnis zu sichern. In diesem Bestreben ist sie aber von der Militärverwaltung, an die sie sich gewandt hatte, im Stich gelassen worden, die ihrerseits nichts unternahm, um die Wünsche der Lagerverwaltung zu erfüllen. So ist es zu erklären, daß der verstorbenen Kriegesbeschädigte eine Beerdigung gefunden hat, die ein Skandal ist und wenig an den „Dank des Vaterlandes“ erinnert.

## Lebensmittellisten.

Berlin. Die Vollmilchkarten für November 1919 werden in den zur Festsitze Groß-Berlin gehörenden Gemeinden ausgegeben, und zwar in Berlin für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Montag, den 29., und Dienstag, den 30. September, für die Kinder im 2. und 3. Lebensjahre am Mittwoch, den 1. und Donnerstag, den 2. Oktober, für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am Freitag, den 3., und Sonnabend, den 4. Oktober 1919. Jedoch sind den Haushaltungen, denen Karten für verschiedene Altersklassen zuzulehen, sämtliche Vollmilchkarten an einem Tage auszuhandigen. Die Inhaber der Vollmilchkarten haben die Rosendahlkarten bis zum 12. Oktober 1919 ausschließlich dem Kleinhändler vorzulegen. Es dürfen sich Inhaber von „A“ und „B“-Kinderkarten und von Karten über 1/2 Liter, welche mit „A“ gekennzeichnet sind, nur in den durch ein Plakat gekennzeichneten „A“ und „B“-Milchgeschäften, Inhaber der übrigen Vollmilchkarten nur in den durch Plakat kenntlich gemachten „C“-Milchgeschäften zum Bezug von Vollmilch anmelden. — Rahmmitteibezugsheine über je 1 Pfund werden an die am 1. Oktober 1917 und später geborenen Kinder zusammen mit den Milchkarten verausgabt.

Spargeln. Am Sonnabend gelangen zum Verkauf: Winter- und Roggen auf Abschnitt 7 der Festsitze, Kohlsaat auf Abschnitt 8 der Lebensmittelliste.

Spanbau. Auf Feld 1 bis 8 der Vollkarte 200 Gramm Wachsenfleisch, auf Feld 1 bis 5 der Kinderkarte 100 Gramm Wachsenfleisch, auf Feld 9 und 10 der Vollkarte in Wilhelmshof, Eisenstadt und Hiltz 50 Gramm Wachs- oder Leberwurst, Festsitzfleisch auf Feld 9 und 10 der Vollkarte 400 Gramm mit Knochen.

Vonhom. In dieser Woche anstelle von inländischem Fleischfleisch 250 Gramm ausländisches Geflügelfleisch. Der Verkauf von Hochfleisch ist verboten. Hesse und Hals sind als Knochenbeilage dem Knochenfleisch bis zu 1/4 der eingekauften Fleischmenge zuzulassen. Wer das Auslandsfleisch nicht beziehen will, kann als Ersatz dafür Rahmmitte entnehmen, und zwar in doppelter Menge, auf jeden Fleischartenabschnitt (Fleischkarte) 50 Gramm. — Vom Sonnabend ab auf Abschnitt 88 der allgemeinen Lebensmittelliste 250 Gramm ausl. Kartoffelröhrenmehl.

Rebawes. Amtlich wird bekannt gemacht, daß die Höhe der Speisestration vom 22. d. M. ab auf 100 Gramm pro Kopf und Woche herabgesetzt werden muß. — Mit der Herstellung des Krankensbrottes sind vom 22. d. M. für die nächsten 3 Monate die Bäckereien von Frank, Kaiser-Wilhelm-Straße, Womig, Priesterstraße, Große, Vriesterstraße, und die Konsumgenossenschaft beauftragt worden. Krankensbrot ist von nächster Woche ab nur in den genannten vier Bäckereien zu haben.

## Aus den Organisationen.

Charlottenburg. Heute, Freitag, abend 7 Uhr: Versammlung des Funktionären im Volkshaus. Vorstand und Gruppenführer 6 Uhr.

Schmargendorf. Freitag abend 7 1/2 Uhr im Deutschen Haus öffentliche Versammlung. Genosse Dr. Moses über: Revolution und Gegenrevolution.

Eichwäldchen. Sonnabend abend 8 Uhr Extra-Zusammenkunft bei Reichelburg. Tagesordnung: Räteystem und Parlamentarismus. Referent: Gen. Elger-Zeuthen.

## Bereinstellen.

Hauptgasauslager Albershof. Sonnabend vormittags 11 Uhr in Bochs Festsitz Versammlung sämtlicher arbeitsloser Kollegen und Kolleginnen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Tempelhof-Marktendort. Heute Freitag 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in der Aula des Realgymnasiums. Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Straße 20. Vortrag des Koll. Andree über die Einheitsorganisation der kaufmännischen Angestellten.

Freie Jugend Groß-Berlin, Aktionszentrale. Freitag abend 7 1/2 Uhr Sitzung Schillerstraße. Wichtige Tagesordnung. Sonnabend abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Sool 1. Funktionärenversammlung für Groß-Berlin. (Gruppenleiter, Bezirksvertreter, Helfer und sonstige Gruppenfunktionäre.) Die Legitimationskarten müssen die Gruppe ausstellen.

Freie sozialistische Jugend Spandau. Sonnabend abend 7 1/2 Uhr in der Aula der Oberrealschule, Röhlschloß, Kunstabend. Der Reinertrag fällt den Opfern der Schutzhaftgefangenen zu. — Jeden Mittwoch von 7—10 Uhr im Zeichenaal der Oberrealschule Röhlschloß und jeden Freitag, 2. und 4. Sonntag von 8—10 Uhr im Jugendheim Röhlschloß 48 finden unsere Veranstaltungen statt.

Freie Jugend Charlottenburg. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr im Zeichenaal, Linkestraße 2. Ertes klassisches Konzert unter Leitung von Herrn Prof. Hofberrn-Arguta.

Intern. Bund der Kriegesbeschädigten und Hinterbliebenen, Bezirk Prachtitz. 22. Mitgliederversammlung am Freitag, abend 7 1/2 Uhr im Freischütz.

Internationale sozialistische Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlin. Mitgliederversammlung Sonnabend 7 Uhr in der Schule Hinter der Spandauerstraße 2. T. O.: 1. Beitragszahlung. 2. Das sozialistische Schulprogramm. Gäste willkommen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Bielow. Neubölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ z. B. m. b. H. Berlin. — Druck der Verlagsdruckerei und Verlagsbuchhandlung m. b. H. Schillbauersamm 19.

**Platina Gramm 46 M.**  
**Gebisse bis 750.**  
**Platin-Zähne 2,50 bis 38 M.**  
**Gold, Silber, Münzen**

**Frau Knuth, Zionskirchstr. 54, v. II**  
bis 8 Uhr. (Arklamer Ecke Brunnenstraße).  
**Wer jetzt kauft, kauft billig!**  
Ieder Art, Saksu, Marder, Alaska, Blau- u. Kreuzfische, Barrespelze, Damo-Pelzminier. Eigene Fabrikation, daher billig. Reparaturen nach neuester Modellen.  
**Peize**  
Pooztor, Kürschnerstr., Kottbuser Damm 15.  
Bitte Hausnummer beachten!

**Zu den bedeutend erhöhten Preisen**  
kaufen Sie heute Menge Platin, Gold, Silber, Münzen, Salbeter, Silber, Quecksilber sowie  
**sämtliche Metalle**  
Kupfer, Rotkupf, Messing etc., Glührührmaschine, Zahnreisse (Zahn bis 23 Mark),  
**Edelmetall-Einkaufsbüro, Schmelzerel**  
Weberstraße 31 :: (Alexander 424)

**Kleiderschneid.** Kleine Tisch, Spiegel, verkauft Nauystr. 22, Seitenlängl. II.  
**Elektromotore**  
Gleichstrom :: Drehstrom  
**Ingenieurbüro Schlichting**  
Berlin W 9, Linkstr. 19.  
Tel.: Lützow 3705 und 5518.

**Küchen**  
solange Vorrat reicht  
**Mk. 360**  
**Schlafzimmer**  
van Mk. 1450 an  
**Speisezimmer**  
Horrenzimmer  
In allen Preislagen nur in der  
Möbelhalle „Osten“  
Alexanderstraße 14b

**Sealmon's, Weidmanns,**  
Kreuzfuchs,  
erleichterte Zahlungsbedingung  
Pelzhaus Abuco,  
Leipziger Straße 58 L

**Hüte!!**  
Umpressen  
wie neu in 3 1/2 Stunden in der  
Hauptstr. 14, Jochen, Annen-  
straße 14, Pillae-Grauer Weg 74,  
Genau sei Firma und Haus-  
nummer schieben.  
**Schreibmaschinen**  
sichtbare Schrift, gut  
erhalten.  
kauft sofort gegen Kass.  
Preis, System und Nummer.  
**Hugo Schroeder,**  
Charlottenburg, Wilmerdorfer Str.  
Wilh. 4720.

**Berichtigung.**  
In der Anzeige des Int. Bund  
der Kriegesbeschädigten der  
Ortsgruppe Neubölln, betz.  
Großes Weidmannsplatzfest muß  
es statt 7 Uhr, Beginn 6 1/2 Uhr  
heßen.

**Spiralbohrer!** Neue,  
kaut laufend Mechanische  
Werkstatt, Charlottenburg,  
Neue Charit. 7, Hof part.,  
(Machell) 2-3 Uhr.  
**Jackettanzüge** sowie  
Ulster, hochmodern in prima  
wollenen Stoffen, Entschende  
Farben nur erstklassige Maß-  
arbeit mit Prieckenstärker ver-  
kaut zu staunend billigen  
Preisen. Bargbar, Heizer Str. 20  
vorn II am Kottbuser Tor.  
Soeben eingetroffen ein Posten  
blaue Jackettanzüge.

**Botenfrauen**  
werden sofort eingestellt  
Spezial-Expresser,  
**Gitschiner Straße 12**  
**Botenfrauen**  
werden sofort eingestellt  
Spezial-Expresser,  
**Gitschiner Straße 12**  
**Botenfrauen**  
werden sofort eingestellt  
Spezial-Expresser,  
**Gitschiner Straße 12**